

Kanzlei – Info 08/2002

Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Strafzettel aus dem Ausland – Was kann passieren? (auf Seite 1 f.)
- Aus der Politik: unerlaubte E-Mail-Werbung und „Dialer“-Schutz (auf Seite 2)
- Aus der Politik: Etikettierungsvorschriften für koffein- und chininhaltige Lebensmittel (auf Seite 2)
- Aus der Politik: EU liberalisiert den Autohandel! (auf Seite 2 f.)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 3 ff.)

Strafzettel aus dem Ausland – Was kann passieren?

Die Urlaubszeit ist nun vorbei, jedoch kann der vergangene Urlaub noch einen schlechten Nachgeschmack bekommen, wenn ein „Strafzettel“ aus dem Ausland ins Haus „flattert“. Denn immer häufiger werden gerade deutsche Urlauber in Österreich, Italien oder Frankreich schon wegen geringen Verkehrsünden „zur Kasse gebeten“. Was ist zu tun? Muss man zahlen, oder kann man die Angelegenheit zur Seite legen?

Ein EU-Abkommen, nach dem aus Geldstrafen und Geldbußen in allen Mitgliedsstaaten vollstreckt werden können, ist bislang lediglich zwischen Deutschland, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz vereinbart worden. Eine Vollstreckung von Strafmandaten anderer europäischer Länder ist in Deutschland momentan noch nicht möglich. Die ausländischen Behörden stellen die Verkehrsordnungswidrigkeitsverfahren jedoch in der Regel auch nicht ein. Auch leisten deutsche Behörden den ausländischen Behörden häufig Rechtshilfe, beispielsweise durch Anhörungen und Zeugenvernehmungen.

Bei der nächsten Reise in das betreffende Land muss der Verkehrssünder dann mit Zwangsmaßnahmen durch die dortigen Behörden rechnen. Das fällige Bußgeld könnte durch Zwangsmaßnahmen eingetrieben werden z.B. Beschlagnahme des Pkws, „Gefängnisaufenthalt“, „Park-Kralle“ etc.

Noch nicht in Kraft ist das „Schengener-Übereinkommen“ über die Bußgeldvollstreckung von 1999, dass die Vollstreckung von Bußgeldern über 40,00 € grenzüberschreitend ermöglicht sowie das „EU-Übereinkommen“ über den Führerscheinentzug von 1998. Zum Inkrafttreten dieser Abkommen müssen die einzelnen EU-Länder diese erst in nationales Recht umsetzen, dies kann jedoch noch dauern.

Aus der Politik:**I. Bundesrat läßt Gesetz gegen unerlaubte E-Mail-Werbung passieren:**

Der Bundesrat hat am 12.07.2002 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung (= TKV) zugestimmt. Mit der Verordnung sollen die Verbraucherrechte im Zusammenhang mit unerlaubter Werbung per Telefax, e-Mail, SMS und insbesondere sich unbemerkt einwählender Internetverbindungen über 0190er oder 0900er Rufnummern (*per sog. „Dialer“*) gestärkt werden.

Zukünftig kann der Netzbetreiber, der die 0190er oder 0900er Rufnummer an andere „Servicedienstleistungsanbieter“ vermietet hat (z.B. Deutsche Telekom AG etc.), die 0190er oder 0900er Rufnummer sperren, wenn diese wiederholt oder schwerwiegend gegen geltendes Recht verstoßen. Ferner wird der „Servicedienstleistungsanbieter“ verpflichtet, seine Forderungen bei Einwendungen des Rechnungsempfängers selber durchzusetzen. In Zukunft erfolgt eine Auseinandersetzung über den Anspruch und dessen Höhe direkt mit dem „Servicedienstleistungsanbieter“ und nicht erst über den Netzbetreiber, der den Telefonanschluss stellt (z.B. Deutsche Telekom AG).

Weiterhin muss auf Rechnungen des Netzbetreibers in Zukunft die „ladungsfähige“ Anschrift des „Servicedienstleistungsanbieter“ genannt werden. Zudem wird bei jedem Netzbetreiber eine kostenfreie Servicenummer eingerichtet und muss in der Rechnung angegeben werden, unter der sich der Kunde über den „Servicedienstleistungsanbieter“ und dessen Tarife und Preise etc. informieren kann.

II. EU verschärft Etikettierungsvorschriften für koffein- und chininhaltige Lebensmittel:

Die Europäische Kommission hat am 18.07.2002 neue Etikettierungsvorschriften für koffein- und chininhaltige Lebensmittel beschlossen, die zum 01.07.2004 in Kraft treten sollen. Nach diesen muss auf dem Etikett des Lebensmittels auf diese Stoffe aufmerksam gemacht und bei Koffein ab einer bestimmten Menge (150 Milligramm Koffein pro Liter) explizit darauf hingewiesen werden.

Von den neuen Regelungen betroffen sind die meisten „Energiegetränke“ (sog. Energydrinks). Cola-, Tee- und Kaffeegetränke fallen aufgrund ihres geringeren Koffeingehalts nicht unter die neuen Regelungen.

III. EU liberalisiert den Autohandel in Europa:

Die Europäische Kommission hat die neue Gruppenfreistellungsverordnung (= GVO) für den Vertrieb und Kundendienst in der Automobilbranche verabschiedet, die zum 01.10.2002 in Kraft tritt. Nach Ansicht der EU-Kommission wird die GVO den Wettbewerb im Kfz-Sektor europaweit steigern. Zukünftig haben Kfz-Vertragshändler das Recht, mehrere unterschiedliche Automarken zu vertreiben. Momentan wird dies in der Regel durch Verträge mit den Automobilherstellern eingeschränkt. Für die Anpassung der bestehenden Verträge ist eine Übergangszeit von einem Jahr vorgesehen.

Kfz-Vertragshändler können ferner in Zukunft auch in anderen Regionen des jeweiligen EU-Landes oder

in anderen EU-Ländern Zweigniederlassungen etc. eröffnen. Durch die Neuregelungen werden mithin die bisherigen „Standortklauseln“ (sog. „Gebietsschutz“) der Automobilhersteller quasi „aufgehoben“. Kfz-Vertragshändler können zukünftig Fahrzeuge etc. auch an unabhängige Wiederverkäufer innerhalb ihres „Verkaufsgebiets“ sowie an Endverbraucher und Wiederverkäufer aller Art außerhalb ihres „Verkaufsgebiets“ verkaufen. Es besteht jedoch eine Übergangsfrist für bestehende Verträge bis zum 30.09.2005.

Die bisherige „Verfügbarkeitsklausel“, nach der Kfz-Vertragshändler Fahrzeuge, die an Kfz-Vertragshändler in anderen EU-Ländern geliefert werden, auch an Verbraucher in dem betreffenden Mitgliedstaat verkaufen dürfen, bleibt in der neuen Verordnung erhalten.

Interessante Urteile – Kurz notiert!

I. Zum Diebstahlsnachweis in der Kaskoversicherung! Bundesgerichtshof (=BGH) – Az.: IV ZR 263/00 – Urteil vom 30.01.2002

Leitsätze (vom Verfasser – nicht amtlich!):

1. Ein Kfz-Diebstahl ist nicht dadurch nachgewiesen, wenn ein Zeuge das Abstellen und Verschließen des gestohlenen Fahrzeugs auf einem Parkplatz selbst wahrgenommen und dessen Verschwinden telefonisch von dem Fahrzeugeigentümer erfahren hat.

2. Bedenken gegen die Redlichkeit des Versicherungsnehmers können sich daraus ergeben, dass dieser bereits bei einem früheren Kfz-Diebstahl unrichtige Angaben gegenüber der Versicherung gemacht hat. Einer solchen Würdigung steht nicht die Unschuldsvermutung des Art. 6 Abs. 2 EMRK entgegen.

Sachverhalt: Der Kläger verlangte von der beklagten Versicherung rund 60.000 DM als Ersatz für seinen auf einem Parkplatz gestohlenen BMW 740i. Diese zahlte jedoch nicht und bestritt den Diebstahl. Ferner vertrat sie die Auffassung, dem Kläger könnten Beweiserleichterungen beim Diebstahlsnachweis nicht zugute kommen, weil er sich früher schon einmal als unredlicher Versicherungsnehmer erwiesen hat. Das Landgericht hatte auf Antrag des Klägers eine Zeugin zum äußeren Erscheinungsbild des Diebstahls gehört. Aus eigener Wahrnehmung konnte die Zeugin lediglich berichten, dass der Kläger das Fahrzeug auf dem Parkplatz abgestellt, verschlossen und sodann verlassen hat. Dass es später gestohlen war, konnte sie nicht bekunden.

Entscheidungsgründe: Der Nachweis des äußeren Erscheinungsbildes als Mindestsachverhalt eines Kfz-Diebstahls setzt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs den Beweis zweier Tatbestände voraus: 1. Abstellen des Fahrzeugs; 2. „ungewolltes Nicht-Wiederfinden“. Da der Kläger zu Punkt 2 keine unmittelbaren Zeugen benennen konnte, kommt es nach Meinung des BGH bereits im Rahmen des Nachweises des äußeren Erscheinungsbildes auf die Glaubwürdigkeit des Klägers an. Diese war hier nach Ansicht des BGH nicht gegeben.

II. OWi-Verfahren: Identitätsfeststellung durch Vergleich von Messfoto mit Ausweisbild! AG Stuttgart - Az.: 8 OWi 71 Js 98447/01 – Urteil vom 14.02.2002 - nicht rechtskräftig!

Leitsätze (vom Verfasser – nicht amtlich!): Ein aus dem Pass- oder Personalausweisregister stammendes Lichtbild eines Beschuldigten darf zum Vergleich mit dem vom Verkehrsverstoß vorliegenden Foto zum Zwecke der Identifizierung des Beschuldigten nur dann verwendet werden, wenn

das Lichtbild unter Beachtung der Rechtsvorschriften des Pass- und Personalausweisgesetzes erlangt wurde!

Sachverhalt: Im vorliegenden Fall sollte der Beschuldigte einen Rotlichtverstoß begangen haben. Es lag ein Foto der automatischen Verkehrsüberwachungsanlage vor. Die Bußgeldstelle rief über ihren mit dem Passregister vernetzten PC das dort in digitalisierter Form hinterlegte Passbild des Beschuldigten ab und verglich es mit diesem. Gegen den Beschuldigten wurde daraufhin ein Bußgeldbescheid erlassen. Der Beschuldigte widersprach in der Hauptverhandlung der Verwendung des Passfotos zur Identifizierung.

Entscheidungsgründe: Das AG Stuttgart sprach ihn frei. Nach Ansicht des Gerichts konnte der Nachweis, dass der auf dem Messfoto abgebildete Fahrzeugführer mit dem Beschuldigten identisch ist, durch einen Vergleich der Bilder aus rechtlichen Gründen nicht geführt werden. **Ohne Einverständnis des Beschuldigten durfte das digitalisierte Lichtbild nicht zur Identifizierung verwendet werden, da dies gegen datenschutzrechtliche Normen verstößt.**

Daten aus dem Passregister dürfen nach § 22 Abs. 2 und 3 PaßG nur übermittelt werden, wenn ein formelles „Ersuchen“ der Bußgeldbehörde vorliegt, da das Passregister kein Auskunftsregister ist. Diese Voraussetzung lässt ein automatisiertes Abrufverfahren, bei dem die nachfragende Behörde ohne vorherige Anforderung und Anmeldung direkten Zugriff auf Bestandsinformationen der Passbehörde hat, nicht zu. Das gilt auch, wenn die anfragende Stelle zur selben Verwaltungseinheit gehört wie die Passbehörde. ***Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/passfoto.htm>***

III. Kurze Unterbrechung begründet keine neue Frist für doppelte Haushaltsführung! FG Niedersachsen - Az. 2 K 380/98 - Urteil vom 16.01.2002 - Revision beim BFH - Az. VI R 22/02

Leitsätze (vom Verfasser – nicht amtlich!): Der Aufwendungsabzug aufgrund einer beruflich veranlassenen doppelten Haushaltsführung ist bei einer Beschäftigung am selben Ort auf 2 Jahre begrenzt. Wird der doppelte Hausstand lediglich für einen Monat unterbrochen, wird dadurch die Zweijahresfrist nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG nicht berührt. Die Zweijahresfrist beginnt mithin nach der einmonatigen Unterbrechung nicht von neuem!

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht des Finanzgerichts Niedersachsen kann eine kurze Unterbrechung nichts an dieser Rechtsfolge ändern. Denn eine einmonatige Unterbrechung setzt eine neue Zweijahresfrist nicht in Gang.

IV. Überteuerte Eigentumswohnung - Kaufpreis 140% über Wert! OLG Oldenburg - Az: 15 U 15/02 - Urteil vom 17.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Ein Vertrag über den Kauf einer Eigentumswohnung ist wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig, wenn der Kaufpreis den Wert der Wohnung um mehr als das Doppelte übersteigt.

Sachverhalt: Ein Ehepaar erwarb im April 1997 eine Eigentumswohnung für 152.150 DM (ca. 77.793 Euro). Nach einem Wertgutachten aus dem Jahre 1998 betrug der Verkehrswert zum 01.01.1999 lediglich ca. 63.300 DM (ca. 32.200 Euro). Die Eheleute fühlten sich arglistig getäuscht und verlangten den gezahlten Kaufpreis zurück. Das Landgericht Osnabrück stufte den Vertrag als nichtig ein und verurteilte

zahlten Kaufpreis zurück. Das Landgericht Osnabrück stufte den Vertrag als nichtig ein und verurteilte die Beklagte zur Kaufpreisrückzahlung.

Entscheidungsgründe: Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung der Beklagten hat das Oberlandesgericht Oldenburg zurückgewiesen. Auch nach Ansicht des OLG ist der Kaufvertrag wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig. Ein Vertrag ist dann sittenwidrig, wenn sich der Vertragspartner in verwerflicher Gesinnung eine Leistung versprechen läßt, deren Wert in grobem Missverhältnis zum Wert der Gegenleistung stehe. Ein solches Missverhältnis liege regelmäßig vor, wenn der Wert der Leistung knapp doppelt so hoch ist, wie der Wert der Gegenleistung. Bei einem solchen Missverhältnis kann auch ohne weiteres auf eine verwerfliche Gesinnung des Verkäufers geschlossen werden.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/Eigentumswohnung2.htm>

V. Versicherung hat keine zwangsläufige Hinweispflicht auf Unterversicherung! OLG Frankfurt/Main - Az.: 7 U 35/01

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Eine Versicherung ist nicht grundsätzlich dazu verpflichtet, ihre Kunden zu warnen, wenn diese unterversichert sind. Eine Hinweispflicht der Versicherung besteht nur im Fall der vertraglichen Übernahme oder bei besonderen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Berechnung der Versicherungssumme.

Sachverhalt: Nach einem Brandschaden in Höhe von ca. 1,77 Millionen DM (etwa 0,9 Millionen €) stellte sich heraus, dass der Betrieb des Klägers unterversichert war. Aufgrund der Unterversicherung zahlte die Feuerversicherung lediglich 918.000 DM. Der Kläger verlangte daraufhin von seiner Feuerversicherung die Zahlung des Restbetrages mit der Begründung, dass sie ihn auf die Unterversicherung hätte hinweisen müssen bzw. diesbezüglich eine Beratungspflicht der Feuerversicherung besteht.

Entscheidungsgründe: Das OLG Frankfurt wies die Klage jedoch ab. Eine Beratungs- bzw. Hinweispflicht der Feuerversicherung besteht nach Ansicht der Richter zum einen nur, wenn die Versicherung diese Pflicht ausdrücklich vertraglich übernommen hat. Dies war hier nicht der Fall. Zum anderen besteht eine Hinweispflicht der Versicherung, wenn ein „versicherungsrechtlicher Laie“ nicht in der Lage ist, eine ausreichende Versicherungssumme zu ermitteln und die Versicherung im Gegenzug aufgrund ihres „Fachwissens“ hierzu in der Lage ist. Auch diese Konstellation war hier nicht gegeben.

VI. Zur Höhe der Entgeltfortzahlung bei flexibler Arbeitszeit! Bundesarbeitsgericht (= BAG) - Az. 5 AZR 470/00 - Urteil vom 13.02.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Erkrankt ein Arbeitnehmer auf unbestimmte Zeit und kann er deshalb bei betrieblichen Zusatzschichten nicht mitarbeiten, so müssen ihm diese nicht geleisteten Arbeitsstunden trotzdem auf seinem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben werden.

Sachverhalt: Der Kläger war in der Zeit vom 14.04. bis zum 08.07.1998 krank. Er konnte deshalb nicht an den angesetzten Zusatzschichten (25.04., 09.05., 06.06., 20.06., 04.07.1998, zu je 7 Stunden) arbeiten. Der Arbeitsgeber zahlte dem Arbeitnehmer während der ersten 6 Wochen das reguläre Gehalt weiter, ohne die Zusatzschichten zu berücksichtigen. Zur Begründung verwies der Arbeitgeber auf eine Betriebs-

vereinbarung, die eine Gutschrift nur für geleistete Arbeit vorsah.

Entscheidungsgründe: Das Bundesarbeitsgericht gab dem Kläger teilweise Recht. Ein Arbeitnehmer hat für den Zeitraum der Entgeltfortzahlung nicht nur Anspruch auf sein festes Gehalt, sondern entsprechend dem „Lohnausfallprinzip“ einen Anspruch auf eine Anrechnung der Stunden für die Zusatzschichten auf sein „Zeitguthabenkonto“. Die Betriebsvereinbarung der Beklagten stand nicht im Einklang mit dem hier zugrunde gelegten Manteltarifvertrag, der als höherrangigeres Recht der Betriebsvereinbarung vorging.

VII. Bei Pfändung der Rente muss Mehrbedarf des kranken Schuldners berücksichtigt werden Landessozialgerichts (= LSG) Rheinland-Pfalz – Az.: L 6 RA 82/00 - Urteil vom 30.04.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Einem Rentner darf zwar grundsätzlich die Rente gepfändet werden, jedoch muss ihm sein notwendiger Unterhalt belassen werden. Dabei sind auch besondere Bedürfnisse (Krankheit, Behinderung etc.) zu berücksichtigen.

Sachverhalt: Im vorliegenden Fall war ein Rentner mit den Unterhaltszahlungen gegenüber seiner geschiedenen Frau in Verzug. Seine Ex-Frau hatte ihre Forderungen bei der Landesversicherungsanstalt, von der ihr Ex-Mann seine Rente bezog, angemeldet. Diese teilte ihr jedoch im Gegenzug mit, dass ihr Ex-Mann nicht leistungsfähig sei. Daraufhin bezog die Frau Sozialhilfe. Nach einer Erhöhung der Rente des Ex-Manns meldete sich das Sozialamt bei diesem und teilte ihm mit, dass die Unterhaltsansprüche auf das Sozialamt übergeleitet worden sind. Der Rentenversicherungsträger überwies daraufhin monatlich einen Teil der Rente dem Sozialamt, so dass dem Rentner nur noch der Sozialhilfesatz blieb. Dieser versuchte sich vergeblich gegen diese Vorgehensweise zu wehren. Er brachte vor, dass er an Parkinson erkrankt sei und als Schwerbehinderter daher höhere Ausgaben habe.

Entscheidungsgründe: Das Landessozialgericht gab der Klage des Rentners statt. Nach dem LSG müssen bei einer zulässigen Pfändung der Rente auch besondere Bedürfnisse des Rentners berücksichtigt werden. Der Rentenversicherungsträger muss bei der Pfändung den Mehrbedarf Kranker und Behinderter beachten. Dem Rentner muss auf jeden Fall sein notwendiger Lebensunterhalt belassen werden, er darf nicht durch Verrechnungen sozialhilfebedürftig werden.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.ra-kotz.de/rentenpfaendung.htm>

VIII. Rechtsprechung zur Höchstbetragsbürgschaft wurde geändert! Bundesgerichtshof (= BGH) - Az. IX ZR 294/00 – Urteil vom 18.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Bürgen müssen bei einer Höchstbetragsbürgschaft nur noch für diesen vereinbarten Höchstbetrag einstehen. Für weitere Kosten, wie Zinsen etc. haftet der „Höchstbetragsbürge“ nicht!

Sachverhalt: Eine Bank verklagte eine GmbH, die für Verbindlichkeiten ihres Geschäftsführers gegenüber der Bank eine Bürgschaft in Höhe von 130.000 DM übernommen hatte. Da der Geschäftsführer der GmbH seit Jahren nicht mehr zahlen konnte, nahm die Bank die GmbH in Höhe des Höchstbetrages zuzüglich 8 % Zinsen (*ca. 100.000 DM!*) in Anspruch. Die Zinsforderung begründete die Bank mit der im Bürgschaftsvertrag enthaltenen Klausel, wonach die Bürgschaft neben der Hauptforderung auch Zinsen,

Provisionen und Kosten einschließen soll.

Entscheidungsgründe: Der Bundesgerichtshof hat diese „Formular“-Klausel im Bürgschaftsvertrag für unwirksam erklärt. Zur Begründung wiesen die Richter auf den Sinn und Zweck einer Höchstbetragsbürgschaft hin. Eine Höchstbetragsbürgschaft soll das Haftungsrisiko des Bürgen berechenbar machen. Eine „Formular“-Klausel, die eine solche Begrenzung entfallen lässt und neben der Hauptforderung auch noch Zinsen, Provisionen und Kosten zulässt, wird für den Bürgen unberechenbar.

Jedoch kann die Bank gegen den Bürgen noch weitergehende Ansprüche (Zinsen etc.) geltend machen, wenn dieser selbst mit den Zahlungen in Verzug gerät oder sonstige Verpflichtungen aus dem Bürgschaftsvertrag verletzt.

IX. Anspruch auf Rückübertragung eines verschenkten Grundstücks wegen „groben Undanks“ Bundesgerichtshof (=BGH) - Az.: V ZB 30/01 – Urteil vom 13.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Hauseigentümer, die ihre Immobilie zum Beispiel an ihre Kinder verschenken, können sich durch Eintragung einer Auflassungsvormerkung im Grundbuch für den Fall absichern, dass sie ihr Geschenk eines Tages wegen „groben Undanks“ wieder zurückfordern wollen.

Anmerkung zu den Begrifflichkeiten:

- **Auflassungsvormerkung:** Ist die auf Sicherung des (meist aus einem Kaufvertrag erwachsenden) Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an einem Grundstück gerichtete Vormerkung. Eine Vormerkung ist eine vorläufige Grundbucheintragung zur Sicherung des Anspruchs auf Eintragung einer Rechtsänderung (hier: Eigentumsübertragung an dem Grundstück).
- **Grober Undank:** Hat der Beschenkte gegenüber dem Schenker oder einem nahen Angehörigen von diesem eine schwere Verfehlung begangen (Körperverletzung, Bedrohung, Morddrohungen etc.) und sich dadurch grob undankbar gezeigt, so kann der Schenker die Schenkung einseitig widerrufen.

Sachverhalt: Ein Ehepaar wollte seine Eigentumswohnung auf ihren Sohn überschreiben und sich ein Rückübertragungsrecht vorbehalten, falls sich der Sohn als „grob undankbar“ erweisen sollte.

Entscheidungsgründe: Ansprüche können nach Ansicht des BGH nur dann per Vormerkung geschützt werden, wenn sie eine „feste rechtliche Grundlage“ haben. Dies könnte bei dem Begriff „grober Undank“ problematisch sein. Jedoch ist in der Rechtsprechung ausreichend geklärt, was unter „grobem Undank“ zu verstehen ist. Daher ist eine solche Vormerkung der Schenker im Grundbuch möglich!

X. Neuwagen ist nicht fabrikneu! OLG Bamberg - Az.: 6 U 9/02 – Urteil vom 18.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Auch nach 18 Monaten Standzeit kann ein „ungebrauchtes“ Auto noch als „Neuwagen“ verkauft werden. Voraussetzung ist jedoch, dass am Fahrzeug keine Mängel entstanden sind.

Sachverhalt: Der Kläger wollte gegenüber einem Kfz-Händler einen Kaufvertrag rückgängig machen, weil dieser ihm ein 18 Monate altes, aber „ungebrauchtes“ Kraftfahrzeug (Kaufpreis: 30.000 €) als Neuwagen verkauft hatte. Beim Kauf des Fahrzeugs war ein Preisnachlass von 20 % vereinbart worden, weil bereits seit zehn Monaten ein neueres Modell auf dem Markt war.

Entscheidungsgründe: Das OLG Bamberg wies die Klage ab. Dem Käufer war durch den Kfz-Händler nicht die „Fabrikneuheit“ des Kraftfahrzeugs zugesichert worden. Ferner hat der Käufer beim Kauf des Kraftfahrzeugs auch gewusst, dass er nicht das neueste Modell kauft. Nach Ansicht der Richter handelt es sich zudem um einen „Neuwagen“, da das Kraftfahrzeug zwischen Herstellung und Kauf „nicht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch zugeführt worden ist“ und auch mangelfrei war.

XI. Zwangsvollstreckung aus einem heute sittenwidrigen Darlehen nicht möglich!
OLG Nürnberg – Az.: 12 W 3827/01 – Beschluss vom 09.04.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Die Zwangsvollstreckung aus einem nach heutiger Beurteilung wucherischen Darlehen ist dann unzulässig, wenn der Schuldner bereits die Nettokreditsumme, die halbe Restschuldversicherungsprämie, das Doppelte der marktüblichen Kreditkosten und angemessene Verzugszinsen bezahlt hat.

Sachverhalt: Der Schuldner hat Prozesskostenhilfe für eine Klage beantragt, die er auf die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung aus einem zugunsten einer Bank bestehenden Vollstreckungsbescheid stützt. Das Landgericht hat den Antrag abgelehnt, da die beabsichtigte Klage keine Aussicht auf Erfolg habe. Die Beschwerde des Schuldners an das Oberlandesgericht Nürnberg hatte teilweise Erfolg.

Entscheidungsgründe: Nach heutiger Rechtsauffassung haben Kreditverträge, deren Vertragszins den Marktzins um etwa 100 % übersteigt, wucherähnlichen Charakter. Liegt ein solcher Fall vor, ist es mit dem Gebot der Gerechtigkeit nicht zu vereinbaren, wenn aus diesem Titel auch unter geänderter Rechtsauffassung mit der Folge ständig weiter vollstreckt werden kann. So dass, insbesondere einkommensschwache, Schuldner möglicherweise noch jahre- oder jahrzehnte lang mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen überzogen werden, die dazu dienen, ungerechtfertigte Forderungen von Kreditinstituten einzutreiben.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.ra-kotz.de/darlehen3.htm>

XII. Keine fristlose Kündigung bei ausbleibender Gehaltserhöhung!
Arbeitsgericht Frankfurt - Az.: 6 Ca 1611/02 - Urteil vom 24.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Differenzen wegen der Gehaltshöhe bzw. wegen einer Gehaltserhöhung berechtigen einen Arbeitnehmer nicht zur fristlosen Kündigung seines Arbeitsverhältnisses und zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen.

Sachverhalt: Der Kläger war seit einem Jahr bei einer Bank beschäftigt und wurde mit zusätzlichen Arbeiten beauftragt. Nach seiner Ansicht rechtfertigten diese Arbeiten ein höheres Gehalt, als das im Arbeitsvertrag vereinbarte. Als die Bank die Gehaltserhöhung ablehnte, kündigte er das Arbeitsverhältnis fristlos und verlangte Schadensersatz für den Verlust seines Arbeitsplatzes.

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht des Arbeitsgerichts Frankfurt ist es Arbeitnehmern zumutbar, trotz Differenzen über die Gehaltshöhe, bis zum Ende der vertraglichen Kündigungsfrist zu arbeiten. Vertraglich nicht vereinbarte Tätigkeiten darf man mit Hinweis auf den Arbeitsvertrag verweigern. Führt man

trotzdem vertraglich nicht vereinbarte Tätigkeiten aus, so besteht kein automatischer Anspruch auf ein höheres Gehalt.

XIII. Kein Anspruch auf anderen Arbeitsplatz nach Arbeitsunfall!

Landesarbeitsgericht Frankfurt - Az: 13 Sa 800/00 – Urteil vom 25.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Nach einem Arbeitsunfall hat ein Arbeitnehmer grundsätzlich keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung, wenn er seine zuvor ausgeübte Tätigkeit nicht mehr ausüben kann. Eine Ausnahme hiervon besteht nur dann, wenn der Arbeitgeber den Unfall vorwerfbar herbeigeführt hat.

Sachverhalt: In Folge eines Arbeitsunfalls konnte der Kläger nicht mehr an seinem bisherigen Arbeitsplatz arbeiten. Die Firma stellte ihn daraufhin von der Arbeitsleistung frei und zahlte kein Gehalt mehr. Der Arbeitnehmer klagte daraufhin auf Gehaltsnachzahlung und einen neuen Arbeitsplatz.

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht des LAG Frankfurt sind Unternehmen nach einem Arbeitsunfall eines Mitarbeiters nicht dazu verpflichtet, diesem von sich aus einen neuen Arbeitsplatz zuzuweisen. Eine Ausnahme ergibt sich nur dann, wenn der Arbeitgeber den Unfall „vorwerfbar“ und gar „vorsätzlich herbeigeführt“ hat.

XIV. Teilkasko zahlt nicht bei Ausweichen vor Fuchs!

LG Coburg - Az.: 21 O 745/01 – Urteil vom 25.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Die Teilkaskoversicherung braucht Unfallschäden, die durch ausweichen vor kleinen Wildtieren entstanden sind, nicht zu bezahlen. Weder die Sicherheit der Fahrzeuginsassen noch Gründe des Tierschutzes gebieten in einem solchen Fall ein Ausweichmanöver.

Sachverhalt: Die Klägerin fuhr mit 60 km/h auf einer Landstrasse. In einer Linkskurve versuchte sie einem Fuchs auszuweichen und verlor dabei die Kontrolle über ihr Fahrzeug. Am Fahrzeug entstand aufgrund des Unfalls ein Totalschaden (ca. 7.700 €). Die Teilkaskoversicherung weigerte sich zu zahlen.

Entscheidungsgründe: Das Landgericht Coburg wies die Klage ab. Nach Ansicht der Richter geht von einem Fuchs bei einer Kollision lediglich eine äußerst geringe Gefahr für die Wageninsassen aus. Ein Ausweichmanöver ist vom Versicherungsschutz jedoch nur gedeckt, wenn der Fahrer es zur Abwendung oder Minderung eines Schadens für geboten halten durfte. Dies ist nach Ansicht der Richter bei kleinen Wildtieren nicht der Fall. Lediglich bei Großwild wie Rehen oder Hirschen etc. ist ein Ausweichmanöver geboten und vom Versicherungsschutz gedeckt.

XV. Längerer Anfahrtsweg ist bei Änderungskündigung für Arbeitnehmer zumutbar!

ArbG Frankfurt - Az: 7 Ca 2871/02 – Urteil vom 07.08.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Bei einer betriebsbedingten Änderungskündigung ist Arbeitnehmern grundsätzlich ein längerer Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz zumutbar.

Sachverhalt: In Folge von Umstrukturierungen wurden Teile des Unternehmens von Frankfurt nach Berlin verlegt. Der Klägerin wurde durch Änderungskündigung ein neuer Arbeitsplatz in Dietzenbach zugewiesen. Dadurch verlängerte sich ihr Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz auf rund 45 Minuten. Sie klagte dar-

aufhin gegen die Änderungskündigung und verlangte stattdessen eine Abfindung wegen dem „Verlust des Arbeitsplatzes“. Begründet wurde die Klage damit, dass es ihr unzumutbar sei, täglich 1,5 Std. Fahrtweg in Kauf zu nehmen.

Entscheidungsgründe: Das Arbeitsgericht Frankfurt wies die Klage zurück und erklärte die ausgesprochene Änderungskündigung für wirksam. Nach Ansicht des Gerichts ist Arbeitnehmern eine Anfahrtszeit von bis zu zwei Stunden grundsätzlich zumutbar. Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitsplatzknappheit muss das Interesse des Arbeitnehmers am Erhalt seines Arbeitsplatzes stärker wiegen als bestimmte Bequemlichkeiten.

XVI. Nachbar darf nicht jeden Abend bis 24 Uhr grillen und draußen fernsehen!

Oberlandesgericht Oldenburg Az.: 13 U 53/02 – Urteil vom 29.07.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Grillen und fernsehen im Freien zwischen 22 und 7 Uhr ist generell untersagt. Nur viermal im Jahr sind Ausnahmen möglich!

Sachverhalt: Ein Hauseigentümer hatte seinen Nachbarn auf Unterlassung verklagt, weil dieser über fünf Monate hinweg fast jeden Abend bis in die Nacht hinein draußen gegrillt und vor seiner Garage ferngesehen hatte.

Entscheidungsgründe: Das OLG Oldenburg gab der Klage statt. Aufgrund der beengten nachbarlichen Verhältnisse wurde dem Nachbar das Grillen und fernsehen zwischen 22 und 7 Uhr untersagt. Allerdings wurden Ausnahmen beim Grillen ausdrücklich zugelassen. Bei besonderen Anlässen muss der Nachbar eine „Grillfete“ erdulden. Viermal im Jahr müssen Nachbarn daher auch ein Grillen bis 24 Uhr hinnehmen.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.ra-kotz.de/grillen.htm>

Themenbereich Humor:

I. Urne mit Asche eines Toten darf nicht im Wohnzimmer stehen!

VG Weimar - Az.: 6 K 177/02.We – Urteil vom 07.08.2002 – rechtskräftig!

Das Verwaltungsgericht Weimar hat unter Berufung auf eine noch geltende Verordnung des DDR-Ministerrates den Verwandten eines verstorbenen Jugendlichen untersagt, dessen Urne (mit der Asche des Verstorbenen) im Wohnzimmer aufzubewahren. Nach Ansicht des Gerichts lasse der gesetzliche Bestattungszwang keine Ausnahmen zu. Diese Verpflichtung ist nach Ansicht der Richter auch im Hinblick auf das sittliche Empfinden der Allgemeinheit und mit Rücksicht auf die Totenruhe geboten. Ferner ist der gesetzliche Bestattungszwang auch verfassungsgemäß!

II. Exotische Tiere in der Wohnung?

AG Charlottenburg – Az.: 10 C 166/88

Die vorformulierte mietvertragliche Erlaubnis des Vermieters zur Tierhaltung in der Wohnung bezieht sich nur auf das Halten üblicher Haustiere wie Hunde, Katzen und Vögel, nicht jedoch auf das Halten exotischer Tiere wie Gift- und Würgeschlangen.